



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE 01. SITZUNG DES SOZIALAUSSCHUSSES ÖFFENTLICHER TEIL

Sitzungsdatum: **Montag, 15.06.2026**

Beginn: 14:30 Uhr

Ende 16:17 Uhr

Ort: **im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Aschaffenburg**

ANWESENHEITSLISTE

CSU

Fuchs, Silke
Jäger, Barbara
Papachrissanthou, Claudia
Rollmann, Birgit
Ruppert, Christoph
Stürmer, Andrea

Die Grünen

Bergmann, Tatjana

Freie Wähler

Pistner, Reiner

SPD

Herbst, Ralf

AfD

Gehlert, Frank

Vertretung für Herrn Frank Reifenberger

Die Linke

Hofmann, Florian

Vertretung für Frau Antonia Bannwitz

AfD

Sell, Bernhard

Verwaltung

Weis, Tobias

Weitere Anwesende

Dr. Martin, Messingschlager
Nina-Anna, Beckmann

Institut BASIS
Main Echo, Aschaffenburg

Abwesende und entschuldigte Personen:**Die Grünen**

Behl, Jana

SPD

Herbrik, Rafael

AfD

Reifenberger, Frank

Die Linke

Bannwitz, Antonia

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. Allgemeine Informationen zu den Aufgaben des Sozialausschusses
2. Bericht des Landrats
3. Vorstellung und Beschluss des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung für den Landkreis Aschaffenburg
4. Bericht zur Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts
5. Verschiedenes

Der Vorsitzende, **Herr Zenglein**, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Der Vorsitzende stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung form- und fristgerecht versandt wurde. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Da der Tagesordnung zugestimmt wird und keine Anträge vorliegen, leitet **Herr Zenglein** direkt zu TOP 1 „Allgemeine Informationen zu den Aufgaben des Sozialausschusses“ über und übergibt das Wort an **Frau Michna**.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Allgemeine Informationen zu den Aufgaben des Sozialausschusses

Nachdem sich **Frau Michna**, Geschäftsbereichsleitung für den Bereich „Jugend, Familie und Soziales“, **Frau Kuhn**, Geschäftsbereichsleitung für den Bereich „Gewerberecht, Gesundheits- und Veterinärwesen, Sicherheit“, **Frau Jakob**, Fachbereichsleitung „Gesellschaftliche Teilhabe, rechtliche Betreuung und Pflege“ sowie **Herr Weis**, Fachbereichsleitung „Soziale Leistungen“ vorgestellt haben, klärt **Frau Michna** über die Funktion des Sozialausschusses auf.

Der Sozialausschuss ist geregelt im § 36 der Geschäftsordnung des Kreistags Aschaffenburg. Danach kann der Kreistag bei Bedarf weitere beschließende oder vorbereitende Ausschüsse bilden. Der Sozialausschuss ist für alle Angelegenheiten in den Bereichen Soziales, Senioren und Menschen mit Behinderung sowie für Gesundheit und Pflege zuständig.

Der Sozialausschuss kommt zweimal jährlich zu Sitzungen zusammen. Einmal im Frühsommer und einmal im November. In der Novembersitzung berichtet der Geschäftsführer des Jobcenters. Außerdem wird in dieser Sitzung der Teilhaushalt für den Bereich Soziales beraten und beschlossen, um diesen anschließend dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Soweit der Kreistag selbst für die Entscheidung zuständig ist, wirkt der Ausschuss beratend; in den übrigen Fällen tritt er beschließend auf.

Beschlüsse über Ausgaben dürfen nur gefasst werden, wenn die Maßnahmen im Haushaltsplan vorgesehen sind und entsprechende Haushaltsmittel verfügbar sind. Einberufung und Bestellung des Ausschusses erfolgen entsprechend den §§ 32 und 33 der Geschäftsordnung. Für den Sozialausschuss ist ein stellvertretendes Mitglied zu bestellen.

Dem Ausschuss dürfen ausschließlich Kreisräte angehören; andere Personen können bei Bedarf als Berater hinzugezogen werden.

Nach der Vorstellung der Funktionen des Sozialausschusses gibt es keine weiteren Fragen. Somit übergibt **Frau Michna** das Wort an **Herrn Weis**.

Der Fachbereich 24 „Soziale Leistungen“, so **Herr Weis**, gliedert sich in die Arbeitsbereiche 24.1 bis 24.6, die jeweils von einer Arbeitsbereichsleitung geführt werden.

Der Bereich 24.1 ist zuständig für Ausbildungsförderung (BAföG) und der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG).

Der Bereich 24.2 übernimmt die Verwaltung und Akquise von Flüchtlingsunterkünften.

Der Bereich 24.3 ist zuständig für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, für Hilfe zum Lebensunterhalt sowie für Bestattungskosten.

Der Bereich 24.4 bearbeitet Wohngeld, Bildungs- und Teilhabeleistungen sowie die Heimaufsicht.

Der Bereich 24.5 kümmert sich um Asylsozialleistungen und der Bereich 24.6 um die Asylsozialbetreuung.

Da es zu den Erläuterungen von **Herrn Weis** keine Fragen gibt, gibt **Herr Zenglein** das Wort an **Frau Jakob** weiter.

Frau Jakob stellt den Fachbereich 31 „Gesellschaftliche Teilhabe, rechtliche Betreuung und Pflege“ im Detail vor.

Sie berichtet zunächst über den Arbeitsbereich 31.1. Hier sind mehrere Fachstellen angesiedelt. Der Pflegestützpunkt: Die Pflegeberatungsstelle gibt Beratung zu den Leistungen der Pflegeversicherung und zur Einleitung von ambulanter, stationärer oder teilstationärer Pflege. Der Pflegestützpunkt ist eine neutrale Anlaufstelle für Betroffene, Angehörige und Interessierte oder Ehrenamtliche.

Die Seniorenberatung ist Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Älterwerden.

Die Behindertenbeauftragte, die Ansprechpartnerin für Fragen zum Thema Behinderung ist und Stellungnahmen zur baulichen Barrierefreiheit gibt.

Das Projektmanagement verantwortet die Umsetzung der Projekte, beispielsweise das Seniorenpolitische Gesamtkonzept.

Der Arbeitsbereich 31.2 umfasst die Betreuungsstelle und die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement.

Die Betreuungsstelle erbringt Betreuungsgerichts- und Vollzugshilfe, bietet Vorsorgevollmachtenberatung und Beglaubigungen an und ist zuständig für die Gewinnung und Registrierung von Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuern.

Die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement fungiert als Anlaufstelle für Themen rund um Engagement im Landkreis, ist Ausgabestelle der Bayerischen Ehrenamtskarte und führt Projekte zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements durch.

Zu den Ausführungen von **Frau Jakob** gibt es keine weiteren Fragen. **Herr Zenglein** geht deshalb über zum nächsten Tagungspunkt, dem Bericht des Landrats.

2. Bericht des Landrats

Herr Zenglein informiert über zwei anstehende Veranstaltungen:

Beratungsbus:

- Der Beratungsbus bringt die Vorsorge- und Präventionsangebote des Landratsamts direkt zu den Bürgerinnen und Bürgern und macht vom 24. - 26.06.2026 Halt in sechs Gemeinden, auf dem Wochenmarkt oder Supermarktplatz.

- Vor Ort: kostenfreie Informationen und Erstberatung zu Themen wie Pflege, Gesundheit, Familie und Infektionsschutz.
- Koordiniert durch die Gesundheitsregion^{plus} stellen sich vor Ort folgende Bereiche des Landratsamts vor: Pflegestützpunkt, Koordinierende Kinderschutzstelle der Präventiven Jugendhilfe sowie Gesundheitlicher Sozialer Dienst und Infektionsschutz des Gesundheitsamts.
- Ziel ist es, die Gesundheitskompetenz zu stärken und das Vertrauen in kommunale Angebote zu erhöhen.

Reanimations-Quickies:

- Am 04.07.2026 finden wieder an 39 Standorten in Landkreis und Stadt Aschaffenburg die Reanimations-Quickies der Gesundheitsregion^{plus} statt.
- Dabei lernen Interessierte in kurzer Zeit und unter professioneller Anleitung, wie eine Reanimation funktioniert und wie man im Notfall lebensrettende Sofortmaßnahmen ergreift.
- In Kooperation mit der Gleichstellungsstelle des Landkreises liegt der diesjährige Schwerpunkt auf der Reanimation von Frauen. Studien zeigen, dass Frauen im Herznotfall von Laien nachweislich seltener reanimiert werden.

Da es nach dem Bericht des Landrats keine weiteren Wortmeldungen oder Fragen gibt, begrüßt **Herr Zenglein** den Geschäftsführer des BASIS Institut für soziale Planung, Beratung und Gestaltung in Bamberg, **Herrn Dr. Messingschlager** und übergibt ihm das Wort.

3. Vorstellung und Beschluss des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung für den Landkreis Aschaffenburg

Herr Dr. Messingschlager berichtet, dass der Aktionsplan für Menschen mit Behinderung nach den Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) erarbeitet wurde und der Plan vor einigen Wochen eingereicht wurde.

Zweck dieses erarbeiteten Aktionsplanes ist, die rechtlichen Verpflichtungen zur Inklusion in konkreten Schritten vor Ort langfristig und nachhaltig umsetzen zu können.

Das 1989 gegründete BASIS Institut begleitet die Erstellung des Aktionsplans. Das Institut verfügt über umfassende fachliche Erfahrung. Es bringt ein multidisziplinäres Team sowie Expertise in empirischen Methoden, Beteiligungsverfahren und modernen Technologien wie maschineller Datenerfassung und KI ein.

Die Erstellung eines solchen Aktionsplans erfordert zahlreiche Arbeitsschritte und Module. Dazu zählen die gemeinsame Projektsteuerung durch das Landratsamt und des BASIS Instituts sowie die Befragung volljähriger Menschen mit Behinderung, von Eltern von Kindern mit Förderbedarf und der kommunalen Behindertenbeauftragten.

Ergänzend werden statistische Analysen und Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung sowie zur Situation von Menschen mit Behinderung auf Grundlage vorhandener Landkreisdaten durchgeführt.

Weitere zentrale Bausteine sind Workshops zur Entwicklung und Diskussion von Maßnahmen sowie die Abstimmung und Abgabe von Berichten. Diese Ergebnisse fließen in den Aktionsplan ein. Den Abschluss bildet eine Präsentation der Ergebnisse.

Herr Dr. Messingschlager berichtet zu den durchgeführten Befragungen und den Rückläufen, dass bei den volljährigen Menschen mit Behinderung über das ZBFS 1.800 Personen zufällig ausgewählt und postalisch befragt wurden. Die Rücklaufquote lag bei rund 35 %, sodass 656 valide Fragebögen ausgewertet werden konnten.

Die Befragung der Eltern von Kindern mit Förderbedarf erfolgte über Einrichtungen im Landkreis. Von den 360 verteilten Fragebögen gingen etwa 20 % zurück. Ob der mäßige Rücklauf auf das Antwort- oder das Verteilverhalten zurückzuführen ist, konnte nicht festgestellt werden.

Die ursprünglich als Gesprächsrunde geplante Befragung der kommunalen Senioren- und Behindertenbeauftragten wurde als Online-Vollerhebung durchgeführt. Dabei gingen von 50 angeschriebenen Kontakten 31 Rückmeldungen ein, was einer guten Rücklaufquote von 62 % entspricht.

Im weiteren Verlauf stellt **Herr Dr. Messingschlager** Daten zu den prognostizierten Werten zur demografischen Entwicklung bis 2043 vor.

Dabei wurde die Bevölkerungsentwicklung im regionalen Vergleich betrachtet. Für Bayern wird insgesamt eine Bevölkerungszunahme von 4,3 % prognostiziert; die stärkste Abnahme wird für den Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge mit 7,3 % und die größte Zunahme für den Landkreis Unterallgäu mit 13,6 % ausgewiesen.

Für den Landkreis Aschaffenburg wird ein leichter Bevölkerungszuwachs von 1 % erwartet. Liegt damit jedoch unter dem bayerischen Durchschnitt von 4,3 %.

Während die Zahl der unter 18-Jährigen um 2 % zunehmen wird, wird bei den 18 - bis unter 65-Jährigen ein Rückgang prognostiziert. Die Zahl der über 65-Jährigen wird hingegen voraussichtlich um 23 % ansteigen, was in der Folge zu mehr Personen mit Pflegebedarf, Behinderung und Unterstützungsbedarf führen wird.

Insgesamt wurden 25.509 Menschen mit einem GdB von mindestens 20 erfasst, darunter 15.158 Personen mit einem GdB von mindestens 50. Der größte Anteil entfällt auf die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren.

Im Landkreis Aschaffenburg sind nur etwa 3 % der Behinderungen angeboren, während rund 97 % im Laufe des Lebens erworben werden, vor allem durch Krankheiten. Knapp die Hälfte der Betroffenen sind 65 Jahre oder älter, die Lebenserwartung von Menschen mit Behinderungen jedoch steigt deutlich an.

Menschen mit Behinderungen bilden eine vielfältige Gruppe mit unterschiedlichen Bedarfen, was in einem Aktionsplan zu berücksichtigen ist.

In der ersten Phase der Erstellung des Aktionsplanes wurde festgelegt, dass sieben Handlungsfelder vertieft bearbeitet werden sollen, die verschiedene Bereiche der Teilhabe des alltäglichen Lebens abdecken.

Diese Handlungsfelder umfassen Barrierefreiheit und Mobilität, Kooperation und Vernetzung, Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit und Beschäftigung, Wohnen, frühkindliche Bildung, Schule und lebenslanges Lernen sowie Freizeit, Sport und Kultur.

Herr Dr. Messingschlager stellt in seiner Präsentation die Handlungsfelder anhand konkreter Zahlen und Daten sowie die hierfür geplanten Maßnahmen näher vor.

Zu den zentralen Maßnahmen gehören unter anderem der Abbau baulicher und digitaler Barrieren, die Verbesserung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, in öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Personennahverkehr sowie der Ausbau barrierefreier Toiletten, Ruhebereiche und alternativer Beförderungsangebote.

Darüber hinaus sollen Menschen mit Behinderung stärker beteiligt, Beratungs- und Informationsangebote gebündelt sowie Mitarbeitende der Verwaltung sensibilisiert und entsprechend geschult werden.

Weitere Schwerpunkte bilden inklusive Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, barrierefreier und ambulanter Wohnraum sowie der Ausbau inklusiver Sport-, Freizeit- und Kulturangebote.

Er verweist außerdem auf den vollständigen Aktionsplan für Menschen mit Behinderung des Landkreises Aschaffenburg. Die darin enthaltenen ausführlichen Handlungsempfehlungen können von allen Interessierten auf der Website des Landkreises Aschaffenburg als PDF-Datei abgerufen werden.

In verschiedenen Fragen und Anmerkungen befassen sich die Mitglieder des Kreisausschusses mit der Umsetzung des Aktionsplans.

Dabei werden insbesondere die Benennung kommunaler Ansprechpersonen für Menschen mit Behinderung, die Zuständigkeiten und Finanzierung der Maßnahmen sowie die Umsetzung auf Ebene der Versorgungsregionen thematisiert.

Zudem werden Bedenken zum inklusiven Bildungssystem und der Bedarf an speziellen Unterrichtsangeboten geäußert. Hinsichtlich bestehender Barrieren, insbesondere nicht abgesenkter Bordsteine, wird auf die laufende Bestandsaufnahme und die notwendige Priorisierung ihrer Beseitigung hingewiesen.

Die geringe Zufriedenheit mit Freizeitangeboten für bestimmte Zielgruppen wird unter anderem mit der geringen Zahl der Befragten erklärt.

Abschließend wird betont, dass auch kleinere, kostenarme Maßnahmen einen großen Nutzen haben können und der Umsetzungsstand regelmäßig in den Ausschüssen berichtet werden soll.

Da es keine weiteren Fragen und weitere Wortmeldungen gibt, bittet **Herr Zenglein** zur Beschlussvorlage abzustimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Aktionsplan für Menschen mit Behinderung für den Landkreis Aschaffenburg zustimmend zur Kenntnis und unterstützt das weitere Vorgehen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

Nach einstimmiger Beschlussfassung leitet Herr Zenglein zum nächsten Tagesordnungspunkt über und übergibt das Wort an Frau Jakob und Frau Rüthel.

4. Bericht zur Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts

Frau Jakob berichte, dass das landkreisweite Seniorenpolitische Gesamtkonzept (SPGK) seit 2024 existiert und bei den Sozialausschusssitzungen regelmäßig darüber berichtet wird.

Das Konzept informiert über die aktuelle Situation in ausgewählten seniorenpolitischen Handlungsfeldern im Landkreis Aschaffenburg sowie in den kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten.

Das Konzept erfasst und bewertet die bestehenden Strukturen und leitet daraus konkrete Maßnahmenempfehlungen ab. Bei der Entwicklung des Konzepts wurden insbesondere die Erfahrungen und die Expertise der örtlichen Akteurinnen und Akteure berücksichtigt.

Die Prozessschritte zur Entwicklung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes war zunächst die Aufbereitung (sozio)demografischer Basisdaten. Darüber hinaus wurden die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises im Zeitraum von April bis Juli 2023 im Rahmen einer repräsentativen Befragung beteiligt.

Zwischen Mai und Oktober 2023 fanden drei Regionalkonferenzen statt. Zudem wurde die Kommunalbefragung aus dem Jahr 2022 aktualisiert. Ergänzend wurden im Februar 2024 Expertinneninterviews geführt. Das begleitende Expertengremium tagte im Mai und November 2023 sowie im April 2024.

Die Ergebnisse wurden anschließend zusammengeführt, analysiert, verschriftlicht und präsentiert. Die Umsetzung der daraus abgeleiteten Maßnahmen erfolgt seit Juni 2024.

Das Konzept umfasst die Handlungsfelder integrierte Orts- und Entwicklungsplanung, Wohnen zu Hause, Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit, präventive Angebote, gesellschaftliche Teilhabe, bürgerschaftliches Engagement, Unterstützung pflegender Angehöriger, Angebote für besondere Zielgruppen, Kooperations- und Vernetzungsstrukturen sowie Hospiz- und Palliativversorgung. Außerdem sind die Bereiche Personal und Altersarmut nur als Querschnittsthemen mit eingeflossen, da diese bereits bei der Pflegebedarfsprognose mit aufgegriffen wurden.

Frau Rützel berichtet, welche zahlreichen Handlungsempfehlungen in 2026 bereits umgesetzt, beziehungsweise weiterverfolgt wurden.

Im Bereich der integrierten Orts- und Entwicklungsplanung fanden im Landkreis Ortsbegehungen zur Ermittlung des Bedarfs an barrierefreien Umgestaltungen des öffentlichen Raums unter Beteiligung des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbundes statt. Zudem erfolgte ein Anbieterwechsel für die Plattform des digitalen Wegweisers. Die Aktualisierung der Objektangaben sowie die erneute Bekanntmachung des Wegweisers sind in Vorbereitung.

Im Handlungsfeld „Wohnen zu Hause“ sensibilisierte ein Vortrag der Bayerischen Architektenkammer im Rahmen der Aktionswochen „Zu Hause daheim“ für die Bedeutung des barrierefreien Bauens und Umbauens.

Darüber hinaus fand im Oktober 2025 eine Informationsveranstaltung zum Thema Quartiersmanagement statt, bei der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über bestehende Fördermöglichkeiten informiert wurden. Der Markt Mömbris erhielt im Januar 2026 eine entsprechende Förderung und hat inzwischen mit dem Aufbau eines Quartiersmanagements begonnen. Weitere Kommunen sollen bei der Entwicklung und Umsetzung eigener Quartierskonzepte unterstützt werden.

Die Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit wurden durch die kontinuierliche Verbreitung und Aktualisierung der Broschüre „Älter werden in Stadt und Landkreis Aschaffenburg“ sowie weiterer Informationsmaterialien weiter ausgebaut. Zudem beteiligte sich der Landkreis an den Selbsthilfetagen und bot Vorträge zum Thema „Menschen mit Behinderung“ an.

Die Angebote des Landkreises, des Pflegestützpunkts und der Seniorenberatung wurden über Flyer, Vorträge, Informationsstände und digitale Medien einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Weitere Maßnahmen waren unter anderem der Tag der offenen Tür des Pflegestützpunkts, die Social-Media-Reihe „Der Pflegestützpunkt informiert“, die Informationsmesse „Zu Hause daheim“ sowie verschiedene Vorträge zu den Themen Pflege und Pflegebedürftigkeit. Ein Vortrag zum Thema „Pflege bei Hitze“ ist für Juli 2026 vorgesehen.

Im Bereich der präventiven Angebote wurden ein Rollatortraining, Informationsveranstaltungen zur Kriminalprävention sowie weitere Veranstaltungen in den Kommunen durchgeführt. Zur Vorbeugung von Einsamkeit im Alter wurde ein Seniorenfilmprojekt in Kooperation mit zwei Mehrgenerationenhäusern fortgeführt und ausgeweitet. Außerdem fand ein Fachvortrag zum Thema „Einsamkeit im Alter“ statt.

Zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe wurden Austauschtreffen mit Bibliotheken in Hösbach und Alzenau sowie mit der Volkshochschule durchgeführt. Gemeinsame Kultur- und Bildungsangebote sind in Planung.

Das Programm „MuT – Medien und Technik – Digital 60+“ wird mit einer Folgeförderung und in Zusammenarbeit mit den Mehrgenerationenhäusern in Goldbach, Großostheim und Johannesburg fortgeführt.

Das bürgerschaftliche Engagement wurde durch Informationsstände, die „Vortragsreihe für Vereine“ und den „Fortbildungskalender für das Soziale Ehrenamt“ unterstützt. Im April 2026 fand eine Veranstaltung zur Verleihung der goldenen Ehrenamtskarte statt. Zudem wurde der regelmäßige Austausch mit den angebundenen Ehrenamtlichen fortgeführt. Mit dem Erwerb der Datenbank „Freinet“ und der Nutzung der Engagementplattform „freilich“ wurden weitere Möglichkeiten zur Gewinnung und Vermittlung ehrenamtlich Engagierter geschaffen.

Zur Unterstützung pflegender Angehöriger wurde eine Bestandsabfrage zur Tagespflege durchgeführt. Außerdem wurde eine monatliche Beratung des Bezirks Unterfranken im Landratsamt neu eingerichtet. Die Förderung des Pflegestützpunkts wird fortgeführt.

Im Bereich der Kooperations- und Vernetzungsstrukturen fanden Austauschtreffen der kommunalen Senioren- und Behindertenbeauftragten statt. Ein weiteres Vernetzungstreffen ist für den Herbst 2026 geplant. Zudem wird die Bayerische Demenzwoche 2026 vorbereitet.

Im Handlungsfeld Personal wurde durch die Gesundheitsregion^{Plus} im Frühjahr 2026 ein Pflegecamp durchgeführt. Ergänzend sollen bestehende Ausbildungsangebote im Pflegebereich verstärkt beworben und bekannt gemacht werden.

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept findet man auf der Internetseite des Landkreises Aschaffenburg beziehungsweise steht über einen QR-Code als Download zur Verfügung.

Frau Fuchs erkundigte sich nach der Resonanz auf die verschiedenen Veranstaltungen und danach, in welchem Umfang diese von Seniorinnen und Senioren angenommen werden.

Frau Jakob berichtete, dass der „Tag der offenen Tür“, der vor zwei Wochen im Landratsamt stattfand, auf große Resonanz stieß. Mehr als 100 Besucherinnen und Besucher aus dem gesamten Landkreis nahmen an dieser Veranstaltung teil.

Auch das Projekt MuT verzeichnet eine hohe Nachfrage: Jährlich nutzten durchschnittlich 800 bis 1.000 Personen die Angebote in den Mehrgenerationenhäusern – darunter nicht nur Einwohnerinnen und Einwohner aus den Gemeinden.

Frau Stürmer erkundigt sich, ob die vollständige Präsentation zur heutigen Sitzung im Amtsinformationsportal abrufbar sein wird. Frau Michna erklärt, dass dem nichts entgegensteht, und sagt die Veröffentlichung zu.

Zu dem Bericht gibt es keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen. Deshalb geht **Herr Zenglein** zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

5. Verschiedenes

Da zu Verschiedenes keine weiteren Anträge oder Wortmeldungen eingehen, bedankt sich **Herr Zenglein** bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:17 Uhr

Andreas Zenglein
stellv. Landrat

Margarete Scheffler
Schriftführer/in